
ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Broukal
und GenossInnen
betreffend Abschaffung der Studiengebühren

eingebraucht im Zuge der Debatte zur Dringlichen Anfrage „Chaos in der Bildungspolitik“.

Die Schlüssel-Regierung hat die österreichischen Universitäten ausgehungert und Studiengebühren eingeführt.

Während der Anteil des Hochschul-Budgets am BIP 1999 noch 1,22 % betrug, sind es im Jahr 2006 nur noch 0,78 %. Die Folgen dieses Kahlschlags sind für die betroffenen StudentInnen katastrophal: Überfüllte Hörsäle, zu wenig Labor- und Seminarplätze, kaputte Geräte, die aufgrund mangelnder Kosten nicht repariert werden können, chaotische Zustände bei der Inskription. In vielen Fächern wurden Studienbeschränkungen eingeführt, zahlreiche Studierende können aufgrund mangelnder Ressourcen ihr begonnenes Studium nicht weiter fortsetzen. Die Studiengebühren haben zum Rückgang des Anteils von Studierenden aus bildungsferneren und sozial benachteiligten Schichten geführt und eine erhebliche Ausweitung der Erwerbstätigkeit von Studierenden bewirkt. Drei Viertel der berufstätigen Studierenden müssen bereits arbeiten und haben durch die Studiengebühren einen erhöhten finanziellen Druck, einen eingeschränkten Lebensstandard und zum überwiegenden Teil finanzielle Probleme.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag:

„Die Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur wird aufgefordert, die Studiengebühren abzuschaffen.“

